

Bernhard Nolz

# Gewaltfrei und solidarisch!

## Friedensbildung in der Schule

**H**inter diesem etwas sparsamen Titel meines Vortrags verbirgt sich kein Vorurteil anti-schwäbischer Provenienz. Vielmehr drückt die Formulierung aus, dass es – wenn wir von Friedensbildung in der Schule sprechen – um gewaltfreien Widerstand und um eine solidarische Gesellschaft geht. Solidarität und Gewaltfreiheit müssen in der Schule gelernt, eingeübt und gelebt werden.

Auch in Siegen, wo linke Politiker aus einem Pazifisten schon mal einen Antisemiten machen, verbinden Friedens- und Umweltgruppen mit den Begriffen Gewaltfreiheit und Solidarität vor allem den Kampf gegen Stuttgart 21.\*

Damit sind wir schon mittendrin in der Friedensbildung der Schule. Der nicht enden wollenden kriegerischen Austragung internationaler Konflikte und der andauernden Gewalt in den Gesellschaften setzen die Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden die Modelle der friedlichen Konfliktaustragung und die Praxis des Friedens mit friedlichen Mitteln entgegen.

Den revolutionären Charakter der Gewaltfreiheit und des Friedens hat der Friedensforscher Johan Galtung treffend beschrieben: »Frieden ist eine revolutionäre Idee: dass der Frieden mit friedlichen Mitteln erreicht werden soll, definiert diese Revolution als gewaltfrei.« (Galtung et al. 2003)

Seit der arabischen Rebellion erhält das Wort Revolution auch in Deutschland wieder einen guten Klang.

Kann man die gewaltfreie Revolution in der Schule unterrichten?

Ja, man kann. Der Vorschlag lautet: in einem Projektfach Friedensbildung. Z.B. jeden Freitag in den letzten drei Stunden, bevor es ins Wochenende geht. Dann wird zum Frieden projektorientiert, d.h. fächer- und jahrgangsübergreifend gearbeitet und das Fach könnte als Ruhepunkt fungieren – am Ende einer stressigen und testigen Schulwoche.

Schulische Projektarbeit kann auch an außerschulischen Lernorten stattfinden. In Siegen haben wir dafür optimale Bedingungen: Die Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) betreiben dort ein Zentrum für Friedenskultur. Viele

LehrerInnen kennen das Friedenszentrum, und wir werden auch in den Unterricht eingeladen. Als pensionierter Lehrer in der Schule zur Friedensbildung beizutragen macht Spaß. Allerdings stelle ich dabei immer wieder fest, dass das Wissen vom Frieden, wie er funktioniert, wenig verbreitet ist. Friedensbildung kommt ohne Grundlagenkenntnisse von den Bedingungen des Friedens nicht aus. Dazu gehört z.B. die Kenntnis vom Modell des Gewaltdreiecks, das die Beziehungen zwischen der direkten, der strukturellen und der kulturellen Gewalt zu beschreiben und erklären versucht. (Vgl. Galtung et al. 2003)

Friedensbildung bedeutet, Friedenswissen zu vermitteln und die Friedenskompetenzen der SchülerInnen zu entwickeln.

Das heißt für alle Beteiligten einer schulischen Friedensbildung, dass sie die Formen und Formationen der Gewalt erkennen können, die den Frieden verhindern oder beschädigen. Diese Analysefähigkeit ist eine Friedenskompetenz und auch die Fähigkeit, Bewertungen auf einer Vernunft bestimmten Grundlage vornehmen zu können, ist eine Friedenskompetenz. Zu ihrer Entwicklung können alle Unterrichtsfächer der Schule beitragen.

Gewalt ist das Gegenteil von Frieden und Gerechtigkeit. Eine Form von Gewalt ist der Krieg. Gewalt wird in der Friedensforschung verstanden als Verhinderung potenzieller, also möglicher Entwicklungschancen.

Wir kommen der Gewalt auf die Spur, wenn wir unsere Vorstellungen von Frieden nicht aus den Augen verlieren: Frieden mit sich selbst zu finden, das Miteinander der Menschen gewaltfrei zu gestalten, Völkerverständigung und eine Friedenspolitik zu verwirklichen und auf ein friedliches Verhältnis zur Natur zu achten. Diese vier Aufgabenfelder für eine friedliche Gestaltung der Welt könnten schon alleine ein umfassendes Programm für die Friedensbildung in der Schule darstellen. Nichts hindert die Schulen daran, mit der Friedensbildung sofort zu beginnen. Dann können sie umso besser dem Ansturm der Bundeswehr mit jugendlichen OffizierInnen widerstehen und deren kriegerische Handlungsoptionen zurückweisen.

Bei der Beurteilung, wie die Entwicklungschancen der Menschen in den Gesellschaften am besten gefördert werden können, ist der neoliberale Zeitgeist, der die führenden Politiker in aller Welt ergriffen hat, ein schlechter Berater. Der

\* Anmerkung des nunmehr am Oberrhein in (Mittel-)Baden lebenden in Stuttgart geborenen schwäbischen Setzers: Den Vortrag hat Bernhard Nolz zwar in Mannheim gehalten und damit in Baden-Württemberg. Mit Schwaben hat das aber nichts zu tun, da Mannheim im badischen Landesteil liegt. Historisch ist Mannheim eine Gründung des Kurfürsten von der Pfalz im 17. Jahrhundert, zu Baden kam es erst 1803. Gesprochen wird in Mannheim weder schwäbisch noch badisch, sondern kurpfälzischer Dialekt.

Neoliberalismus gilt zurecht als eine besonders gewalthaltige Ausprägung des Kapitalismus, weil er vom Zerstören und Vernichten Anderer lebt. Ein solches politisches Konzept ist zutiefst asozial und unmoralisch. Also müssen wir in der Schule nach solidarischen und gewaltfreien Alternativen suchen, die wir in schulischen Lernprozessen konkretisieren können.

Alternativen zu erfinden und neue Wege auszuprobieren ist eine Friedenskompetenz.

Die Schule muss der Ort sein fürs Untersuchen und Ausprobieren revolutionärer Lösungen (im Galtung'schen Sinne) und für das Aufspüren der Prozesse des kulturellen Wandels und der gesellschaftlichen Erneuerung. Die Lehrerinnen und Lehrer sollten diese Aufgaben nicht den Schülerinnen und Schülern überlassen. Die LehrerInnen können am ehesten vermitteln, dass Konfliktlösungen nicht nur friedlich sein müssen, sondern der Mehrheit der Menschen dienen sollen. Das heißt, dass eine akzeptable Konfliktbearbeitung nicht von ihren kapitalistischen Verwertungsmöglichkeiten abhängig gemacht werden darf.

Es ist spannend zu beobachten, dass die Insolvenz von Schlecker eine Diskussion über die Möglichkeiten befördert hat, die Ladenkette genossenschaftlich zu organisieren und von den Beschäftigten weiterführen zu lassen. Selbst wenn das Vorhaben realisiert werden würde, wären wir noch weit davon entfernt, von einem solidarwirtschaftlichen Projekt sprechen zu können.

Die solidarische Ökonomie steht als Thema der Friedensbildung in der Schule ganz oben an. Inhaltlich wird es um einen am Gemeinwohl orientierten Markt gehen, um Nachhaltigkeitsbilanzen der Marktteilnehmer sowie um die Verstaatlichung des Bankwesens und um ein Grundeinkommen für alle Menschen.

Schülerinnen und Schüler sollen sich damit beschäftigen, wie die Bereiche der Daseinsvorsorge, also Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr, Energie, Kultur u.a.m., in solidarwirtschaftliche Organisationsformen überführt und gemeinwohlorientiert geführt werden können. Der neoliberale Privatisierungswahn hat in vielen Bereichen drastische Gewaltverhältnisse geschaffen, zu denen die Armut gehört. Hier brennen schon heute Eltern und ihren Kindern die Probleme unter den Nägeln. Im schulischen Rahmen können die Konflikte z.B. in Rollen- und Planspielen bearbeitet und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten durchgespielt werden, in denen Platz für Gewaltfreiheit, Solidarität und Kooperation ist.

Kooperationsfähigkeit ist eine wichtige Friedenskompetenz.

Ohne dass ich sie bisher angesprochen hätte, bilden die Menschenrechte den entscheidenden Bezugsrahmen für die Friedensbildung in der Schule. Die Menschenrechtsrhetorik der Politike-

rInnen hat der ungehemmten Legitimation verbrecherischer Kriege gedient, zuletzt in Libyen. Deshalb kommt es in der Schule darauf an heraus zu arbeiten, wie die menschlichen Sicherheitsbedürfnisse mit friedlichen Mitteln verwirklicht werden können. Nur dann stellen sie eine wirkungsvolle Menschenrechtsgarantie dar, die das friedliche Zusammenleben der Menschen absichern kann.

Mit dem 2008 in Kraft getretenen Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen haben die Vereinten Nationen (UN) ein fast schon revolutionäres, zumindest ein radikales Umdenken in den Schulen eingeleitet. Zentraler Begriff ist die Inklusion. Das pädagogische Konzept der »einen Schule für alle« zielt auf das angemessene, nichthierarchische und damit demokratische Eingehen auf die vorhandene Heterogenität der Schülerinnen und Schüler. Im »Index für Inklusion« werden drei Dimensionen entworfen: Inklusive Kulturen schaffen, inklusive Strukturen etablieren, inklusive Praktiken entwickeln. Ein friedenspädagogisches Programm!

Gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern kann überlegt werden, wie die Inklusion in der Schule voran gebracht werden kann. Schnell werden alle zu der Erkenntnis gelangen, wie wichtig die Inklusion von Menschen mit Behinderung für die Gestaltung einer gerechten Schule ist. Wenn alle in die Schulgemeinschaft eingeschlossen werden, kann es Ausschlüsse wegen einer Behinderung, wegen einer Lernschwäche, wegen einer Verhaltensabweichung oder aus anderen Gründen nicht mehr geben.

Es leuchtet ein, dass mit der Verwirklichung des Prinzips Inklusion ein Weg beschritten wird, auf dem der soziale Frieden in der Gesellschaft wieder hergestellt werden kann.

Der Bildungstreik hat uns gezeigt, über welche kritischen und aktiven Potentiale SchülerInnen und StudentInnen verfügen. Um Verbündete für die Friedensarbeit in der Schule zu finden, wird es für die VertreterInnen der Friedensbewegung wichtig, den Kontakt mit SchülerInnen und SchülervertreterInnen zu intensivieren. Im Bündnis Schule ohne Bundeswehr NRW waren sie von Anfang an dabei und haben entscheidende Impulse gegeben. Das ist in Baden-Württemberg nicht anders.

Die Schülerinnen und Schüler sind die besten ProtagonistInnen der Friedensbildung. Es gibt wohl kaum noch eine Schule in Deutschland, die nicht das Streitschlichterprogramm oder andere Mediationsverfahren etabliert hat. Millionen von SchülerInnen sind mit der Gewaltfreien Kommunikation und mit anderen wertschätzenden Konfliktlösungsformen vertraut. Immer mehr LehrerInnen wenden den No Blame Approach an, eine Interventionsmethode bei Mobbing, in der nicht nach der Schuld gefragt wird und die TäterInnen

in die Hilfe für das Opfer einbezogen werden. Dann ist Empathie als Friedenskompetenz angesagt.

In jedem Jahr finden Tausende von internationalen Schulprojekten statt, die den interkulturellen Austausch fördern. Die friedliche Begegnung von Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Ländern wird für alle zu unvergesslichen Erlebnissen.

### ■ »... ein bisschen Frieden ...«

Wie kann diese Friedenskraft von Schülerinnen und Schülern zur Förderung des Friedens in der Welt beitragen?

Diese Frage stellt sich die Grüne nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann nicht. Sie ist eher bei Nicole und deren Siegerlied beim Eurovision Song Contest 1982:

»Ein bisschen Frieden, ein bisschen Sonne auf dieser Erde, auf der wir wohnen.«

Kann es auch ein bisschen Krieg sein! Das muss sich Schulministerin Löhrmann fragen lassen, wenn es um ihren Erlass zur » (September 2011) geht.

Schleichend hat sich der Prozess der Entpädagogisierung der Schulen vollzogen. Er hat einen neuen Höhepunkt in den Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Schulministerien mehrerer Bundesländer gefunden. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem nordrhein-westfälischen Schulministerium und der Bundeswehr wurde am 29. Oktober 2008 von der damaligen CDU/FDP Landesregierung abgeschlossen und von der SPD/GRÜNEN Landesregierung ab 2010 fortgeführt. Die praktische Umsetzung der Kooperationsvereinbarung Schule - Bundeswehr hat einen bedenklichen Missstand in den Schulen zu Tage gefördert: Das Lernen für den Frieden ist zweitrangig geworden!

Vorrang in der Schule wird nach der Vereinbarung den militärischen Repräsentanten eingeräumt. Das Lernen für den Frieden kommt in der schulischen Praxis nur noch als personelles Anhängsel beim Auftritt eines Bundeswehr-Jugendoffiziers vor. Wenn der vor die Klasse tritt, soll auch ein Vertreter oder eine Vertreterin der Friedensbewegung dabei sein und eine Aufwandsentschädigung erhalten.

Die Friedensbewegung ist aber kein Anhängsel der Bundeswehr.

Von der Grünen Schulministerin Löhrmann kann als Vertreterin einer neoliberalen Kriegspartei nichts anderes erwartet werden als das Ablenken auf eine betriebswirtschaftliche Rechnungsstellung, die die Abwesenheit von Friedenserziehung und Friedensbildung an den Schulen des Landes vergessen machen soll. Die Auftritte der VertreterInnen der Friedensbewegung an den Schulen in NRW sind der Schulministerin immer-

hin 30.000 Euro im Jahr wert. Hundert Mal teurer wäre das, was die Schulen in NRW brauchen: eine flächendeckende LehrerInnen-Fortbildungsmaßnahme zur Friedensbildung.

Im einem Erlass vom 29. September 2011 heißt es: »Das Thema Friedens- und Sicherheitspolitik ist in der Schule in der gebotenen Ausgewogenheit entsprechend dem Beutelsbacher Konsens zu behandeln. Dazu gehört, dass auch den Organisationen der Friedensbewegung wie der Bundeswehr die Möglichkeit zur Darstellung ihrer Positionen im Unterricht gegeben werden kann.«

Dazu ist Folgendes festzustellen:

Die »gebote Ausgewogenheit« ist keine Kategorie für die Organisation schulischer Bildungsprozesse. Es ist eine Formel, die weder einer verwaltungsgerichtlichen Prüfung standhalten würde, noch im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen (UN) steht. Die »Erziehung zur Friedensgesinnung« (laut Schulgesetz NRW) kann gar nicht ausgewogen sein. Die Erziehung zur Friedensgesinnung kann der Bundeswehr keinen Platz in der Schule einräumen. Mit dem Umbau zu einer Armee im Einsatz hat die Bundeswehr ihren gesellschaftlich zu rechtfertigenden Verteidigungsauftrag eingebüßt. Sie ist jetzt eine Armee im Krieg. Eine Erziehung zur Akzeptanz von Krieg kann es aber in der Schule nicht geben. Die abschreckenden Beispiele einer solchen Erziehung während der Nazi-Diktatur stehen uns noch vor Augen.

Hinzu kommt die Tatsache, dass nicht ein einzelnes Thema, z.B. Sicherheitspolitik, im Unterricht ausgewogen behandelt werden soll. Vielmehr muss der politische Unterricht als Ganzes ausgewogen sein, wofür die einzelne Lehrkraft die pädagogische Verantwortung trägt.

Auch aus dem Beutelsbacher Konsens lässt sich die Forderung nach der »gebotenen Ausgewogenheit« in der politischen Bildung und beim Thema Frieden nicht ableiten.

Es gibt keine schulrechtliche Regelung, die vorsieht, dass es in der Schule im Sinne der Ausgewogenheit sowohl eine Erziehung zum Frieden als auch eine zum Krieg geben könne. Insofern ist das Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsens hier gar nicht anwendbar. Das friedenspädagogische Primat der Bildung ist absolut. Im Widerspruch dazu steht die Position der NRW-Landesregierung, die »in der gebotenen Ausgewogenheit« eine Möglichkeit zu sehen scheint, den Vertretern der militärischen Gewalt die Türen der Klassenzimmer doch noch offen halten zu können.

Bei genauerer Analyse der Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Gestaltung des Themas »Krieg und Frieden« in den Schulen rutschen die Vertreterinnen und Vertreter der Friedensbewegung von der Zweitrangigkeit auf die fünfte Stelle zurück. Vor der Friedensbewegung liegen in der Regierungsgunst von SPD und GRÜNEN in NRW

(in alphabetischer Reihenfolge) die Bundeswehr, die Gewerkschaften, die Kirchen und die Privatwirtschaft.

Ich fasse zusammen:

In den Bildungseinrichtungen müssen jetzt die Grundlagen gelegt werden, um die Welt mit friedlichen Mitteln zu verändern. Gesellschaftliche Widerstandskraft, Gewaltfreiheit und Empathie sind die Kompetenzen, die die Jugend für die Veränderungsaufgaben braucht. Gewalt gestützte Institutionen wie die Bundeswehr stören die Entfaltung von Gewaltfreiheit und die Erziehung zum Frieden in der Schule. Mit der Einführung des Projektfaches »Friedensbildung« kann der Transformationsprozess zur »Schule der Gewaltfreiheit« vorangebracht werden.

Die politischen Eliten in Deutschland werden das zu verhindern suchen. Noch sind sie nicht bereit, die gewaltfreien Aktionen sozialer Bewegungen als Ausdruck eines demokratischen BürgerInnen-Willens anerkennen und deren Forderungen umsetzen zu können. Aber nur, wenn sie die Gewaltfreiheit als Handlungsoption praktizieren und propagieren, werden die PolitikerInnen in Zukunft demokratisch legitimiert sein.

In der Schule ist schon jetzt der Raum für die Auseinandersetzung mit den gewaltfreien Aktionen der Occupy-Bewegung gegen die Macht der Banken, der Friedensbewegung gegen den Afghanistankrieg und andere Kriege, der Umweltbewegung gegen Atomkraftwerke, Atomtransporte und Klimagefährdungen, der Menschenrechtsbewegung gegen Ausspionierung und Datenmissbrauch, der antifaschistischen Bewegung gegen rechtsextremistische Gewalt oder der Genderbewegung gegen geschlechtliche Fremdbestimmtheit.

In der Schule ist der richtige Ort, die Kritik an politischen Fehlentscheidungen in Forderungen und Vorschläge für zukünftige Entwicklungen umzuwandeln. Dringend notwendig sind weitere Transformationsprozesse im Schulsystem, um die Prinzipien der Gewaltfreiheit und der Solidarität zur Geltung bringen zu können.

Die Friedensbewegung sollte die Chance wahrnehmen, jetzt die Themen der Friedensbildung nicht nur zu benennen, sondern sie auch zu »besetzen«. Damit würde die Friedensbewegung zum Trendsetter bei der Arbeit am Frieden in der Schule werden. Gerne möchte ich mich möglichst bald mit euch zur Weiterarbeit an der Friedensbildung und beim »Trendsetzen« treffen.

Denn: »Schulfrei für die Bundeswehr!« – Dabei soll es bleiben!

*Bernhard Nolz ist Lehrer i.R., Sprecher der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF), Vorstandsmitglied der Zeitschrift »Wissenschaft & Frieden« sowie Geschäftsführer des Siegener Zentrums für Friedenskultur (ZFK). Der Text wurde als Vortrag bei der PAXX-Aktionskonferenz »Schulfrei für die Bundeswehr« am 3. März in Mannheim gehalten. In die veröffentlichte Fassung wurden Anregungen, die sich aus der Diskussion über den Vortrag ergaben, einbezogen.*

*Literatur: Johan Galtung et al.: Neue Wege zum Frieden. Konflikte aus 45 Jahren: Diagnose, Prognose, Therapie. Minden 2003 (Bund für Soziale Verteidigung). Index für Inklusion: [www.ee-net.org.uk/resources/docs/Index%20German.pdf](http://www.ee-net.org.uk/resources/docs/Index%20German.pdf) (am 28.03.2012)*



Ute Finckh

## Der Aufstand in Syrien und die Medien

**Fehlende Berichterstattung über gewaltfreie Proteste bedeutet nicht, dass es sie nicht gibt**

Wer regelmäßig Zeitungen liest, stellt bei den meisten Themen fest, dass sich Zeitungen verschiedener politischer Ausrichtung in den Fakten, die sie berichten, oft erstaunlich einig sind und sich erst in der Bewertung bzw. Beurteilung diametral unterscheiden. Spätestens da, wo es um Krieg oder Bürgerkrieg geht, trifft das nicht mehr zu: Hier sind schon die Fakten meist so unsicher bzw. strittig, dass seriöse JournalistInnen eigentlich gar keine Bewertung mehr vornehmen könnten. Was die meisten Zeitungen aber nicht

daran hindert, ihre KommentatorInnen nach dem Motto »jetzt erst Recht!« auf das Thema loszulassen. Im Zweifelsfall wird dann gefordert, dass irgend jemand (vorzugsweise die Vereinten Nationen, die Nato, die EU oder die Bundesregierung) aktiv werden muss, um den Krieg oder Bürgerkrieg unverzüglich zu beenden. Im Zweifelsfall mit militärischen Mitteln. Das wird dann mit herzergreifenden Bildern und Geschichten von Opfern des Krieges oder Bürgerkrieges untermauert<sup>1)</sup>. Ob eine militärische Intervention die Situati-